

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
Z. Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wagenstraße 10.)  
bei C. F. Wolff & Co.  
Poststraße 11.  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grah bei F. Strohsch,  
in Breslau bei Emil Kuhn.

# Posener Zeitung.

Neunundsechzigster Jahrgang.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei C. F. Wolff & Co.,  
Hanselmann & Vogler,  
Kudolph Hoffe.  
In Berlin, Dresden, Odeß  
beim „Invalidenthau.“

Nr. 38.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-  
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Montag, 17. Januar  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, finden die  
Expedition zu geben und werden für die am folgenden  
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
Nachmittags angenommen.

1876.

## Amtliches.

Berlin, 15. Januar. Der König hat dem Pfarrer Eger zu  
Bieske im Kreise Meieritz den H. V. d. R. 4. Kl. verliehen, dem  
Legations-Sekretär bei der t. Gesandtschaft in Dresden, Grafen von  
Nadolinski, den Charakter als Legations-Rath beigelegt.

Der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs die von dem  
Direktorium der Kirche ausgeh. Konfession zu Strohburg vorgenommene  
Ernennung des Pfarrers Theodor Eugen Hoesfacher in Langensulz-  
bach zum Pfarrer in Kunzenheim, Bez. Unter Elb., bestätigt.

Im kaiserl. Friedensrichter Theodor Diemer zu Schlettstadt ist  
die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste des Reichs an-  
geordnet, der Reichsrichter E. Rott in Kogasen, zum Reichsanwalt  
bei dem Kreisger. zu Freistadt i. Sch. und zugleich zum Notar im  
Depart. des Appell. Ger. zu Glogau mit Anweisung seines Wohnsitzes  
in Freistadt ernannt worden.

Der König hat den Gymnasialdirektor Wilhelm von Koczek in  
Glogau zum Provinzial-Schulrath; sowie den Reg.-Ass. Robert  
Apollinaris Mollath von der Marwig zum Landrath des Kreises  
Lyd ernannt, aus dem Sanitäts-Rath und Arzt in der neuen Straf-  
anstalt zu Moabit Dr. Ernst Heim den Charakter als Geh. Sanitäts-  
Rath verliehen.

Der Provinzial-Schulrath von Koczek ist dem Provinzial-Schul-  
kollegium in Koblenz überwiesen worden.

## Die Eröffnung des Landtages

Am 16. d., Mittags 11 Uhr, im Weißen Saale des königlichen  
Schlosses zu Berlin im Allerhöchsten Auftrage des Kaisers und Königs  
durch den Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Finanzminister  
Camphausen statt. Der Feier war ein Gottesdienst für die evangeli-  
schen Mitglieder im Dom — welchem der Kaiser und die Kaiserin,  
sowie der Kronprinz und andere Prinzen des königlichen Hauses bei-  
wohnten — und für die katholischen Mitglieder in der St. Hedwigs-  
Kirche unmittelbar vorangegangen.

Nachdem die Mitglieder des Landtages im Saale Aufstellung ge-  
nommen hatten, erschienen die Staatsminister Camphausen, Dr. Falk,  
v. Kameke, Dr. Udenbach, Dr. Friedenthal sowie der Unter-Staats-  
sekretär im Staatsministerium Schumann und stellten sich links vom  
verhüllten thronen auf. Der Vizepräsident Camphausen ver-  
las hierauf folgende Eröffnungsrede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden  
Häusern des Landtages!

Se. Majestät der Kaiser und Königin haben mir den Auftrag zu  
ertheilen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchster Ihrem  
Namen zu eröffnen.

Die für die Berufung des Landtages maßgebenden Bestimmungen  
und die unabwieslichen Erfordernisse der Reichsgesetzgebung haben  
auch in diesem Jahre eine gleichzeitige Thätigkeit der Reichs- und der  
Landesvertretung zur Notwendigkeit gemacht. Die Eingebung und  
Umficht des Landtages wird die Wege finden, um auch unter den ob-  
waltenden Schwierigkeiten die Aufgaben der neuen Session von vorn-  
herin möglichst zu fördern.

Der auf Handel und Industrie lassende Druck hat zum Bedauern  
der Staatsregierung auch bei uns noch nicht aufgehört. Bei den ge-  
wunden Grundrissen, auf welchen trotz der vorgetragenen Ausdrück-  
ungen der vaterländische Gewerbfleiß beruht, darf die Zukunft ge-  
trübt werden, daß es der Arbeitsamkeit und der fleißigen Thätig-  
keit des preussischen Volkes gelingen werde, auch die Schwierigkeiten  
der gegenwärtigen Lage in nicht ferner Zeit zu überwinden und Handel  
und Industrie neuer Blüthe entgegen zu führen.

Die Staatseinnahmen für das Jahr 1876 haben zwar nicht so  
hoch, wie in den letzten Jahren, veranschlagt werden können, aber die  
Mittel reichen aus, um die Staatsverwaltung in bisheriger Weise zu  
führen und auf manchen Gebieten die Fonds, welche namentlich der  
Pflanzung der geistigen Interessen und der Förderung des Wohlstandes  
dienen, reichlich zu dotieren, in allen Zweigen des Staats Bauwesens  
aber die vielfachen und großen Unternehmungen, welche auf Grund  
der Bewilligungen der letzten Jahre eingeleitet worden sind, in ange-  
messener Weise weiter zu fördern.

Der Entwurf zum Staatshaushaltsetat wird Ihnen ohne Verzug  
vorgelegt werden.

Die in der vorigen Session vereinbarten Gesetze, durch welche ein  
umfassendes System kommunaler Selbstverwaltung und zugleich die  
Theilnahme der Provinzialvertretung an den Angelegenheiten der  
allgemeinen Landesverwaltung begründet worden ist, sind inzwischen  
in allen Provinzen in fünf Provinzen sind die neuen Provinzialland-  
tage zusammengetreten und die ersten Angelegenheiten des in denselben über-  
tragene zur Geltung gelangenden Gesetzes befehligen das Vertrauen,  
daß die neuen Institutionen sich dem Lande zum Segen entwickeln  
werden.

Ein notwendiger weiterer Schritt auf der betretenen Bahn ist  
die bestimmte und klare Regelung der Zuständigkeit der neu ge-  
schaffenen staatlichen Behörden auf den verschiedenen Gebieten der all-  
gemeinen Landesverwaltung und in freitragenden Verwaltungssachen, sowie  
die gleichzeitige Feststellung derjenigen Kompetenzen, welche auf die  
neuen Organe noch weiter zu übertragen sein werden, um eine harmo-  
nische Fortentwicklung der inneren Staatsverwaltung zu erzielen.  
Im Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltungsreform und dem  
Bedürfnis der städtischen Verwaltung in das Gesamtsystem  
der neu geschaffenen Einrichtungen sind durchgreifende Veränderungen  
der Städte-Ordnung in benachbarten Provinzen erforderlich in  
welchen die neuen Gesetze eingeführt sind.

Nachdem die Haupt- und Residenzstadt Berlin auf Grund der  
neuen Provinzialordnung aus dem Kommunalverbande der Provinz  
Brandenburg ausgeschieden ist, muß die vorbehaltene Bildung eines  
besonderen Kommunalverbandes aus der Stadt Berlin und angren-  
zenden Gebieten unverzüglich ins Auge gefaßt werden.

Die Gesetzentwürfe Behufs Lösung dieser weiteren Aufgaben wer-  
den Ihnen voraussichtlich in Kurzem vorgelegt werden können.  
Der Entwurf einer Wege-Ordnung soll von Neuem Ihrer  
Beratung unterbreitet werden.

Um Grundsätze der Agrargesetzgebung, deren segensreiche Wir-  
ksamkeit in den älteren Theilen der Monarchie sich in langjähriger  
Erfahrung erprobt hat, auf die neuen Landestheile zu übertragen, sollen  
Ihnen mehrere Gesetzentwürfe vorgelegt werden.

Zu den öffentlichen Provinzen ist das Bedürfnis hervorgerufen, die  
gesetzlichen Vorschriften über die Gründung von Anstalten und die  
damit zusammenhängende Verteilung öffentlicher Abgaben einfacher  
zu gestalten. Eine Vorlage in dieser Richtung ist vorbereitet.

Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbei-  
ter entbehren einer ausreichenden gesetzlichen Regelung. Um diese Lücke  
der Gesetzgebung in dem Umfange auszufüllen, als sich tatsächliche  
Verhältnisse geltend gemacht haben, wird eine Gesetzesvorlage an Sie  
gelangen, welche sich innerhalb der Grundsätze der verwandten Reichs-  
gesetzgebung bewegt.

In Vervollständigung der Gesetzgebung zum Schutze des Kindes  
soll die Pflege der im Besitze von Gemeinden und öffentlichen Anstalten  
befindlichen Waisungen durch neue Vorschriften sicher gestellt  
werden.

Durch die Beratungen der von Sr. Majestät dem Könige als  
höchstem Ertrager des evangelischen Kirchenregiments berufenen außer-  
ordentlichen General-Synode hat die evangelische Kirche der acht älteren  
Provinzen der Monarchie einen bedeutenden Schritt zur Begründung  
ihrer selbstständigen Verfassung zurückgelegt.

Die General-Synodalordnung bedarf aber ebenso wie die Syno-  
dalordnung vom Jahre 1873 für eine Reihe von Bestimmungen der  
landesgesetzlichen Sanction. Eine hierauf bezügliche Vorlage wird  
Ihnen baldigst zugehen. Sie wird zugleich die notwendigen Auf-  
sichtsrechte des Staats über die evangelische Landeskirche regeln.

Die Regierung Sr. Majestät hat das feste Vertrauen zu den  
beiden Häusern des Landtages, daß sie an ihrem Theile bereitwillig  
dazu mitwirken werden, der evangelischen Kirche Preußens nach lan-  
gem Ringen die selbstständige und feste Organisation zu sichern, deren  
sie zur vollständigen Erfüllung ihrer hohen Aufgaben bedarf.

Eine Feststellung des staatlichen Aufsichtsrechtes ist auch hinsicht-  
lich der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen erforderlich,  
sowie das Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen  
Kirchengemeinden darüber nicht bereits bestimmt. Die Vorarbeiten  
für einen diesem Zwecke entsprechenden Gesetzentwurf sind dem Ab-  
schlusse nahe.

Meine Herren! Wir stehen voraussichtlich vor der letzten Session  
einer Legislaturperiode, welche Dank dem vertrauensvollen Zusam-  
mentwirken der beiden Häuser des Landtages mit der Regierung Sr.  
Majestät schon seither bedeutende Erfolge gesetzgeberischer Arbeit auf-  
zuweisen hat. Möge die letzte Session weitere Ergebnisse desselben  
überausstimmenden Strebens für die Wohlfahrt des Landes und die  
gebeiliche Entwicklung seiner Institutionen zur Reife bringen.

Im Namen Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich  
hiermit die Session des Landtages für eröffnet.

Mit einem dreifachen Hoch auf den König und Kaiser, welches  
Graf Otto v. Stolzberg ausbrachte, schloß die Feierlichkeit, welcher  
etwa 150 Abgeordnete betheiligten.

## Vom Landtage.

### 1. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 16. Januar. Auf Grund des § 1 der Geschäftsordnung  
eröffnet der Präsident der vorigen Session v. Bennigsen die  
Sitzung um 12 Uhr 5 Minuten mit einem Hoch auf den deutschen  
Kaiser und Königin von Preußen, in das die zahlreich anwesenden Mit-  
glieder drei Mal lebhaft einfallen.

Am Ministertisch sitz inwieweit der Minister für die landwirth-  
schaftlichen Angelegenheiten Dr. Friedenthal erschienen. Die  
Tribünen leer.

Der Präsident beruft sodann zu provisorischen Schriftführern bis  
zur Konstituierung des Hauses die Abgeordneten Fehr. v. d. Goltz,  
Grütering, Sasse und Lutteroth und macht die Mitthei-  
lung, daß auf dem Bureau bereits 244 Abgeordnete angemeldet seien;  
das Haus ist somit beschlußfähig. Ein Namensaufruf findet deshalb  
nicht statt. Es soll die Berathung in die 7 Abtheilungen erfolgen;  
der Präsident schlägt vor, dieselbe nach der Sitzung durch das Bu-  
reau vorzunehmen zu lassen, womit sich das Haus einverstanden erklärt.  
Die Abtheilungen werden sich morgen konstituieren und sodann die  
Wahlprüfungen solennisch erledigen.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Nächste Sitzung morgen  
11 Uhr. D.: Wahl der Präsidenten und der Schriftführer. —  
Schluß der Sitzung 12 Uhr 10 Minuten.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 16. Januar.

Das Abgeordnetenhaus wird voraussichtlich schon am  
Montag beschlußfähig und somit in der Lage sein, die Wahl des Prä-  
sidiums vorzunehmen. Damit ist dann die Konstituierung erfolgt und  
der Finanz-Minister kann Tags darauf den Etat einbringen. Camp-  
hausen liebt es bekanntlich, dieses Gesetz nicht ohne erschöpfende Be-  
merkungen über die Finanzlage des Landes zu übergeben. Uebrigens  
bleiben dem Hause nur zwei Tage zur Erledigung der nöthigsten Ge-  
säfte übrig, da bekanntlich am 19. die nächste Sitzung des Reichs-  
tages stattfindet. — Unter den Anträgen, die in der bevorstehenden  
Session des Landtages aus der Initiative des Abgeordnetenhauses  
hervorgehen werden, wird sich auch wiederum derjenige des Zentrums  
auf Einsetzung des allgemeinen Wahlrechts für die Wahlen zum  
preussischen Abgeordnetenhaus befinden. Angesichts der im November  
d. J. erfolgten Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus gewinnt dieser  
Antrag an Bedeutung und Wichtigkeit. Indessen wird, wie man der  
„Frl. Bg.“ schreibt, die überwiegende Majorität des Hauses auch in  
dieser Session diesem Antrage kein freundliches Willkommen bereiten.

In der Session von 1874 zu 1875 wurde die Verathung des dahin-  
zielenden vom Abg. Windthorst gestellten Antrages durch Beschluß des  
Hauses auf sechs Monate hinausgeschoben, nachdem ein Antrag des  
Abg. Birchow denselben an eine Kommission zu verweisen mit schwa-  
cher Majorität abgelehnt worden; die Diskussion desselben wurde da-  
mit für die Dauer der damaligen Session illusorisch gemacht. Das-  
selbe Schicksal meint das erwähnte Blatt, dürfte dem Vorschlage des  
Zentrums auch in dieser Session bevorstehen.

Die lebhaften Erörterungen eines großen Theiles der Presse über  
bevorstehende oder bereits in der Entwicklung begriffene Verände-  
rungen des Parteiwesens in den gesetzgebenden Körper-  
schaften des Reichs und des preussischen Staates drehen sich beson-  
ders um die Stellung und den Bestand der national-liberalen Partei.  
Während die national-liberale Partei früher gewöhnlich in einen rechten

und linken Flügel getheilt wurde, wird ihr jetzt eine dreigliedrige  
Trennung zugeschrieben, ein rechter und linker Flügel und ein Centrum.  
Das giebt der „Nat. Lb. Corr.“ Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

Ein berliner Mitglied der Fortschrittspartei, welches für auswär-  
tige Blätter schreibt — wir meinen inbeg nicht den Abg. Richter —  
findet es zeitgemäß, schon heute zu erklären, daß die Fortschrittspartei  
bei den nächsten Wahlen gegen die Abgeordneten des „rechten Flügels“  
der national-liberalen Partei Front machen, mit denen des „linken  
Flügels“ Fühlung suchen und ihre Stellung zu dem Centrum der  
Partei von dem Wohlverhalten desselben in der nächsten Reichs- und  
Landtagsession abhängig machen muß. Es giebt leider in jeder Partei  
Personen, denen selbst eine vielseitige parlamentarische und publizistische  
Thätigkeit nicht die Fähigkeit giebt, einigermassen die jeweilige politische  
Situation zu begreifen. Sie sind wie die Nachtwandler, die abnungs-  
los auf dem Dachfirst weiterstreifen und erst zur Besinnung kommen,  
wenn sie herunterstürzen. Es gehört wenig Scharfsinn dazu, um ein-  
zusehen, daß der deutsche Liberalismus bei den nächsten Wahlen alle  
Energie zusammen nehmen muß, um sich ohne Schädigung zu behaupten.  
Je mehr nach links hin die Schattierungen des Liberalismus  
gehen, desto mehr werden sie ihre Kräfte sammeln müssen. Aber der  
erwähnte Korrespondent sieht davon nichts. Im besten Willen den Krieg an-  
trauen, läßt er einem Theil der National-liberalen den Krieg an,  
einem zweiten Theil bedroht er mit Krieg, wenn derselbe nicht nach  
seinem Geschmack handelt, einen dritten sucht er vor den eigenen  
Freunden ab- und in seine Arme zu ziehen. Es würde sehr zu be-  
dauern sein, wenn bei den künftigen Wahlen dieser kleinliche Egoismus  
und Fraktionsgeist das Uebergewicht gewönne; denn nur bei vollkom-  
mener Einheit und Geschlossenheit und bei Suspension aller inneren  
Gegensätze wird die liberale Partei die Stürmungen überwinden kön-  
nen, die bei den nächsten Wahlen gegen sie wirken werden.

Die „Post“, welche, wie sie selbst sagt, mit Recht für freikonser-  
vativ gilt, erörtert in einem Artikel die Stellung der freikon-  
servativen Partei zu den National-liberalen. Sie widerspricht  
der Behauptung, daß die Freikonserverativen auf die Sprenzung der  
national-liberalen Fraktion bedacht seien. Die deutsche Reichspartei sei  
allerdings dadurch gekränkt worden, daß bei der Präsidentenwahl des  
Reichstages nicht ein Mitglied der Rechten ernannt wurde. Das habe  
indess das Zusammenwirken mit der national-liberalen Fraktion nicht  
beeinträchtigt. Die „Post“ kommt zu folgender kühlen Schlusserklärung:

Die deutsche Reichspartei hat weder an dem Zerfall der national-  
liberalen Partei ein Interesse, noch an ihrer Erhaltung. Ist die  
national-liberale Partei eine innerlich homogene, so wird sie sich in  
ihrem gegenwärtigen Bestande erhalten, mit oder gegen den Willen  
der anderen Parteien. Ist sie dies nicht, ist sie, wie von manchen  
Seiten behauptet wird, aus verschiedenartigen innerlich einander wi-  
derstrebenden Bestandtheilen zusammengefaßt, so wird der geschichtliche  
Verlauf der Dinge von selbst, ohne jedes Rathun von anderer Seite,  
zu einer Aufspaltung der fremdarigen, innerlich dem Standpunkte  
der Partei, wie er sich in ihrem bisherigen Wirken gekennzeichnet hat,  
nicht angehörigen Elemente führen. Daraus ergibt sich die Stellung  
der freikonserverativen Partei.

[Personalien.] Der „D. Reichs Corr.“ werden die Ge-  
richte, als beabsichtigter Justizminister Leonhardt seinen Abschied  
zu nehmen und als sei der sächsische Generalstaatsanwalt Dr. von  
Schwarze als sein Nachfolger in Aussicht genommen, „von unter-  
richteter Seite“ als unbegründet bezeichnet. Aus der gemeldeten Be-  
nennung des Regierungsvizepräsidenten Bitter in Schleswig zum Regie-  
rungspräsidenten in Düsseldorf wird in einigen Blättern der Schluß  
gezogen, daß der bisherige Regierungspräsident in Düsseldorf, Herr  
v. Ende, zum Oberpräsidenten von Hessen-Nassau ernannt sei. Der-  
selbe ist wiederholt als für diesen Posten in Aussicht genommen genannt  
worden; er war früher Polizeipräsident von Breslau. — Das Poli-  
zeipräsidentium zu Köln, das nach dem Abgange des Herrn Debes nach  
Königsberg längere Zeit durch den Regierungsrath Fischer von  
Treuenfeld kommissarisch verwaltet wurde, ist jetzt wieder definitiv  
und zwar durch den bisherigen Landrath des Oberaunus-Kreises,  
Herrn v. König zu Somburg, besetzt. — Der Kreisgerichtsrath  
F. Schöder, Mitglied des Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis  
Striegau-Schweidnitz ist am 13. d. in Schweidnitz nach kurzer Krank-  
heit gestorben. Der Verstorbene gehörte der national-liberalen Frak-  
tion an und wurde im Jahre 1873 wieder zum Abgeordneten gewählt,  
nachdem er bereits in der Legislaturperioden 1855–58 und 1858–61  
ein Mandat bekleidet hatte.

Einer der bedeutendsten pariser Verlagsbuchhändler hat  
vor Kurzem einem berliner Kollegen mitgetheilt, daß demnächst in  
seinem Verlage ein Werk des durch seine Studien über den Mann  
mit der eisernen Maske bekannten Geschichtsforschers, Topin, über  
Ludwig XIII. und Richelieu erscheinen werde, auf welches er bitte,  
die Aufmerksamkeit deutscher Gelehrten zu lenken. Das Buch werde in  
Deutschland gewiß mit Interesse gelesen werden, um so mehr, als es  
den Cardinal Richelieu betrefte, über den auch Fürst Bismarck  
demnächst ein Geschichtswerk zu veröffentlichen gedenke. Es scheint  
demnach, als ob man in Frankreich glaube, daß Fürst Bismarck ernst-  
lich mit historischen Studien beschäftigt ist.

Auf Verfügung des königlichen Polizei-Präsidentiums vom 14.  
Januar 1876 ist die Druckschrift Pro Nihilo in französischer Ueber-  
setzung mit Beschlagnahme zu belegen.

Wie mitgetheilt wird, hat der oberste Verwaltungs-  
gerichtshof schon viele Geschäfte vorliegen, und es läßt sich  
übersehen, daß ihm überhaupt eine weit größere Anzahl von Ange-  
legenheiten, als ursprünglich erwartet wurde, zugehen wird. Die  
„Berl. Aut. Corr.“ bemerkt dazu: „Es freut uns dieses doppelt, und  
war erstens, weil dieser Gerichtshof, dessen Bedeutung für die Ent-  
wicklung unseres Verwaltungsrechtes eine maßgebende ist, nicht dazu  
genötigt war, seine Arbeiten mit halber Kraft zu beginnen. Je  
größer der Umfang der Geschäfte ist, mit welchen der Gerichtshof so-  
fort befaßt wird, um so mehr erhält er Gelegenheit, gleich von vorn-  
herein wichtige Grundsätze des Verwaltungsrechtes festzustellen und da-  
durch praktisch sich zu bewähren, was bei jeder neuen Institution



außerordentlich wichtig ist. Der zweite Grund, daß wir diese Lage gern sehen, ist, daß sie dazu zwingen wird, ungesäumt zur Ernennung von definitiven Oberverwaltungsgerichtsräten überzugehen. In der vorigen Landtagssession ist die Anstellung der Mehrzahl der Mitglieder des obersten Verwaltungsgerichtshofes im „Nebenamt“ wesentlich nur aus ökonomischen Rücksichten in Aussicht genommen worden, weil man geglaubt hat, daß der Umfang der Geschäfte nicht ausreichte, um die Anstellung von ausschließlich für dieses Amt ernannten Mitgliedern zu rechtfertigen. Wir haben früher schon darauf aufmerksam gemacht, für wie wichtig in principieller Hinsicht wir es halten, diesen Gerichtshof mit Mitgliedern zu besetzen, die durch kein „Nebenamt“ in der Ausübung ihrer Funktionen beirrt werden. Es kann uns daher nur freuen, wenn dieser Auffassung durch die äußere Geschäftsverhältnisse von praktischer Seite her sofort eine Unterstützung zu Theil und der Landtag demgemäß in die Lage gebracht wird, nachzuholen, was aus Rücksichten, die mit der Sache selbst nichts zu thun hatten, in der vorigen Session unterblieben ist.

Die hier erscheinende lithographirte „Deutsche Reichs-Korrespondenz“ ist, wie dem „Börs.-C.“ von „sonst gut unterrichteter Seite“ mitgeteilt wird, für den Preis von 7000 Thlr. von dem Geh. Regierungsrath a. D. Wagener angekauft worden. Die Korrespondenz ging neulich in den Verlag der „Allg. Deutschen Verlagsanstalt“ in Berlin über, behielt aber den bisherigen Redakteur. Wer genau hinsieht, kann allerdings schon an dem Styl erkennen, daß in der Redaktion Veränderungen eingetreten sein müssen. — In Sachen des neuen Chef-Redakteurs der „Kreuz-Zeitung“ geht dem „Fremdenbl.“ jetzt die Meldung zu, daß Hr. v. Nebelschütz nicht Landrath in Frankfurt, sondern in Frankfurt war und kürzlich zum Ober-Regierungs-Rath und Abtheilungs-Dirigenten in Marienwerder ernannt worden ist. „Sollte Herr v. Nebelschütz in letzter Stunde die auf ihn gefallene Wahl nicht annehmen, werden wir hoffentlich bald in der Lage sein, eine andere Persönlichkeit als designirten Chef-Redakteur des genannten Blattes bezeichnen zu können, die den im Werke befindlichen Plänen entsprechend sein wird.“ Wir haben dieser Auslassung des „Fremdenbl.“ nur den Wunsch beizufügen, daß bei einer neuen Namensnennung nicht wieder Inkorrektheiten mit unterlaufen.

München, 11. Januar. In hiesigen Offizierskreisen ist die Annahme verbreitet, es stehe in den nächsten Tagen eine allerhöchste Entschliessung in Aussicht, welche den Wunsch ausdrückt, daß Offiziere, Zivil- und Militärbeamte u. nach Eingehen der Zivilisten sich auch der kirchlichen Erziehung unterziehen möchten. Die „Neuesten Nachrichten“ zweifeln an der Richtigkeit dieser Nachricht und bemerken hierzu, die Ausübung religiöser Gebräuche sei Sache der persönlichen Ueberzeugung, in welche einmischen der Staatsgewalt auch nicht das mindeste Recht zustehe. Wie das „Frankl. Volksblatt“ mittheilt, hat der Klerus in Bamberg die ihm gemachten erzbischöflichen Vorwürfe und Behandlung in einer Adresse entschieden zurückgewiesen. Der Erzbischof v. Schreiber soll fast nur von liberalen Geistlichen umgeben und beeinflusst sein.

Paris, 13. Januar. Die Proklamation des Präsidenten Mac Mahon, deren Wortlaut bereits gemeldet ist, wurde heute Morgen in ganz Paris angeschlagen, ein Gleiches geschieht sofort in allen Gemeinden Frankreichs. Im Ganzen genommen, machte sie wenig Aufsehen. Man fand es allenfalls auffällig, daß es dem Marschall nöthig schien, sich an die Nation zu wenden und in einer Sprache zu reden, welche stark an die weiland kaiserlichen Proklamationen erinnert. Auf die Börse machte sie gar keinen Eindruck. Mit Ausnahme der Regierungsbücher haben die Zeitungen nichts als Tadel dafür, daß Buffet den Marschall in den Wahlkampf hineingezogen hat und daß dieser sich hat hineinziehen lassen. Wahrscheinlich wird im ständigen Ausschusse die Angelegenheit zur Sprache gebracht werden. Nothdürftig ist die Einzelsitzung des Kabinetts wieder hergestellt worden, wohl zumeist, um bei Erloß der Proklamation dem Lande gegenüber als festgeschlossenes Ganze zu erscheinen. Auf wie lange Dauer ist eine andere Frage, deren Antwort vielleicht schon die nächste Zeit zu geben im Stande ist. Wenigstens verlautet, daß das Bewußtsein im Ministerium nur für den Augenblick beiseite ist. Die liberalen Mitglieder des Kabinetts möchten nicht den Anschein auf sich laden, als wollten sie dem Marschall überhaupt verwehren, ein Manifest zu erlassen. Die Erörterung der anderen Punkte ist um vier Tage hinausgeschoben. Ob dann ein Ausgleich erzielt wird oder Veränderungen im Kabinet eintreten, läßt sich nicht absehen. Der letztere Fall ist nicht unwahrscheinlich, namentlich wird trotz der offiziellen Versicherungen der schließliche Austritt Léon Say's aus dem Kabinet, und zwar mit oder ohne Dufaure, für wahrscheinlich gehalten. Ueber die Absichten der Permanenzkommission zu circuliren verschiedene Gerüchte. Man kann, sagt der „Moniteur universel“, den ganzen Streik der Minister über die Waisfrage durch zwei Worte charakterisiren, die in einem der letzten Conseils gefallen sein sollen. Herr Léon Say sagte zu Herrn Buffet: „Der von Ihnen gewählte Boden ist zu eng.“ Worauf Herr Buffet erwiderte: „Der Thron ist zu abschüssig.“

Nach der letzten Zählung hat Frankreich 36,102,921, Paris 1,884,874 Einwohner. Was letztere Stadt betrifft, so ergiebt sich aus den statistischen Nachweisen die Besonderheit, daß von 203,995 seit dem Kriege geborenen Kindern 54,623, also mehr als ein Viertel uneheliche sind. Im Allgemeinen läßt sich ein Wachsthum der Bevölkerung konstatiren; nur in den nördlichen normannischen Provinzen ist eine leichte Verminderung eingetreten.

Madrid, 8. Januar. Auf dem Kriegsschauplatz herrscht noch immer die alte Ruhe. Nachdem man das mehrwöchentliche prächtige Wetter unbenutzt gelassen, hat sich jetzt wieder Schnee eingestellt, der den Gedanken an eine kalte Wiederaufnahme der Operationen gar nicht aufkommen läßt. Die Obergenerale sind zwar bereits zur Armee abgereist, allein der König weilt noch hier und wird auch wohl noch lange hier weilen, während seine getreuen Unterthanen in San Sebastian und Hernani von den Carlisten mit Granaten überschüttet werden. Anlässlich des Carlistenkrieges sind hier von zwei auswärtigen Mächten Beschwerden eingelaufen. Die Engländer beklagen sich, daß ihre Handelschiffe an der Küste aus carlistischen Batterien beschossen werden und machen die madriber Regierung für den Schaden verantwortlich und die Franzosen schreien über Grenzverletzung, weil bei einer der täglichen Vorpostenpatrouillen an der Bidassoa spanische Kugeln auf französisches Gebiet geflogen sind und ein halbes Duzend Hidenöhne der großen Nation zum schleunigen Retraum gezwungen haben. Der Minister des Aeußern wird in beiden

Fällen sein tiefstes Bedauern kundgeben und Abhilfe versprechen, sobald der Carlisten-Aufstand niedergeschlagen ist, und hiermit werden sich die beiden beschwerdeführenden Mächte wohl zufrieden geben müssen, da wahrscheinlich keine derselben beabsichtigt, sich mit Waffengewalt Genugthuung zu verschaffen. — Jetzt, wo es mit der Carlisten-erhebung voraussichtlich zu Ende geht, fangen die verlassenen Carlismen im Lande an, sich zu rächen, um den aufständischen Provinzen ihre alten Privilegien, durch welche sie so zu sagen einen eigenen Staat im Staate bildeten, und gegen deren Aufrechterhaltung sich die öffentliche Meinung unerbittlich ausgesprochen, zu retten. Diesen Bestrebungen ist jedoch wenig Erfolg zu prophezeien, da die Stimme so ziemlich aller Parteien dagegen ist. — Das so lange erwartete Manifest Castellar's, mit dessen Abfassung derselbe über zwei Monate beschäftigt gewesen sein soll, ist endlich den politischen Freunden desselben zugegangen. Castellar zeigt darin, daß er wenigstens etwas während der Zeit des für Spanien so verhängnisvollen Bestehens der republikanischen Staatsform gelernt hat. Wenn er auch alle seine übrigen freisinnigen Forderungen, die er bereits vor Jahren ausgesprochen und die einem geordneten Fortschritt entsprechen, aufrecht erhält, so hat er doch den Föderalismus von dem Parteiprogramm abgesetzt. Die Erfahrungen mit den Freirepublikanern von Cartagena waren selbst dem prinzipienfesten republikanischen Professor zu bitter. Er empfiehlt eine rege Wahltheilnahme und möglichst schnelle Niederwerfung des Carlismen-Aufstandes, damit nicht gar noch eine Einmischung des Auslandes statfinde und Spanien zu einer Türkei des Occidentales herabsinke.

## Lokales und Provinzielles.

Bosen, 17. Januar.

— In der bekannten Untersuchung gegen die Käßelschüler bei dem Erzeß zu Käßme wegen Zusammenrottung wurde, wie uns aus Berlin geschrieben wird, vom Ober-Tribunal am 17. Dezember 1875 das verurtheilende Erkenntnis des Schwurgerichtshofes zu Meßeritz vernichtet und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung vor ein neues Schwurgericht verwiesen. Der Schwurgerichtshof hat den Antrag der Verteidigung bei der Fragestellung an die Geschworenen den Begriff der „Zusammenrottung“ in seine tatsächlichen Momente aufzulösen abgelehnt. Dieses Verfahren erklärte das Ober-Tribunal für rechtswidrig, weil der Begriff des „Zusammenrottens“ nicht wie der Gerichtshof vermeint, ein tatsächlicher, sondern wesentlich ein Rechtsbegriff ist. Das Erkenntnis führt darüber aus:

„Der Begriff des „Zusammenrottens“ im Sinne des § 115 des Reichs-Strafgesetzbuches ist aber auch kein Rechtsbegriff, welcher eine allgemein bekannte und, wie der Aufstellungsantrag der Verteidigung beweist, im gegebenen Falle unbestrittene Bedeutung hat. Dem Antrage der Verteidigung hätte deshalb nach Artikel 82 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 (bei Bezeichnung der wesentlichen Merkmale der strafbaren Handlung sind, inwieweit es geschehen kann, Rechtsbegriffe, welche nicht eine allgemein bekannte und im gegebenen Falle unbestrittene Bedeutung haben, durch solche gleichbedeutende Ausdrücke zu ersetzen, zu deren Verständnis Rechtskenntnisse nicht erforderlich sind), umso mehr entsprochen werden müssen, als die vom Vorstehenden ertheilte Rechtsbezeichnung keineswegs geeignet war, die Geschworenen über den streitigen Rechtsbegriff genügend und zutreffend aufzuklären.“

— Von der polnischen Grenze erhalten wir mit Bezug auf den in unserer letzten Nummer mitgetheilten Erzeß folgende nähere Detailirung:

Am Vormittage des zweiten russischen Weihnachtstages, den 7. d. M., wurden russische Grenzsoldaten an der russisch-preussischen Grenze in dem hart an der Grenze in Russland gelegenen Walde des Rittersgutsbesizers von Bobynski bei Stanislawowo postirt, um die Einkünfte von Kontrebande zu verhindern. Die Grenze hat hier eine eigenthümliche Beschaffenheit, sie liegt nämlich auf einem starken Höhenzug, der einer Wand gleicht, und wird durch das Grenzflüßchen Tonzina bespült; dicht an dem Flüßchen steht ein Fußsteig entlang. Auf diesem Fußsteige war ein russischer Soldat postirt, während mehrere andere auf der Krone jenes Höhenzuges die Grenze beobachteten. In der Mittagsstunde waren mehrere Soldaten damit beschäftigt, eine mächtige Eiche abzuhauen. Der Grenzsoldat, der auch darüber zu wachen hat, daß die Grenze nicht unerlaubter Weise überschritten werde, suchte das zu verhindern, wurde aber nach seiner Aussage von etwa fünfzehn Mann umringt, entworfen, nach Breußen herüber geragt und dermaßen gemißhandelt, daß er brennend liegen blieb, da ihm seine Kameraden, wegen des steilen Abhanges nicht rechtzeitig zu Hilfe kommen konnten. Die Thäter erstiegen erst die Fucht, nachdem eine Anzahl russischer Soldaten zur Stelle waren. Der gemißhandelte Soldat wurde dann von seinen Kameraden nach dem fast ½ Meile entfernten Cordon nach Ullei gebracht und von Alexandrowo ärztliche Hilfe erbeten. So weit beruht die Angabe auf die Mittheilung des russischen Kammerdirektor Bjon und zweier russischer Offiziere. Ein diesseitiger Zeuge, der mit der Kommission zur Stelle war, vermag nur zu bezeugen, daß der Räthner Heinrich Weinkauff aus Stanislawowo und Eduard Lau aus Bircenia betroffen habe, als sie Holz wegräumten und auf einen Handschitten luden. Er war an den Ort des Erzeßes in Folge des großen Lärms gekommen. Auf der Wiese des Weinkauff fand man eine erhebliche Blutspur, das Bjonnet des russischen Soldaten in den Schnee getreten, ein Paar Tuchhandschuhe, die als diejenigen des Ran erkannt wurden und einzelne Theile des Gesellschafters Fußschuhs, die mit Blut beschmutzt waren. Der russische Grenzposten Jutin aus Ullei hat die Säge, die Sägeheile, die Handschuhe des Lau und das Bjonnet nach Russland mitgenommen, um sie als Corpus delicti für die Untersuchung im diplomatischen Wege einzurichten. Jedenfalls bleibt der Vorfall tief zu beklagen, denn er führt das gute Einvernehmen der Grenzbenwohner wieder für eine geraume Zeit.

r. Die sogenannten Bamberger, deutsche Bauern aus dem mittleren Deutschland, welche sich vor etwa anderthalb Jahrhunderten in den früheren Kammerwäldern am Föfen (Zerzpe, Wilba, Rattas) niedergelassen haben, sind seitdem zum Theil polonisiert, indem sie ohne Ausnahme der katholischen Konfession angehören, und dadurch ihre Polonisirung erleichtert wurde. Doch legen viele derselben ihre deutsche Nationalität dadurch an den Tag, daß sie stets die Franziskanerkirche, die Kirche der deutschen Katholiken unserer Stadt, besuchen, auch bei den politischen Wahlen mit den Deutschen stimmen. Es waren nun in die Liste der wahlberechtigten Mitglieder der Franziskaner-gemeinde die „Bamberger“ fast ohne Ausnahme als deutsche Katholiken mit aufgenommen und in Folge dessen auch einer derselben, der Wirth Adam Kemlein zu Zerzpe, in der neulichen Wahlversammlung der Franziskanergemeinde als Kandidat für die bevorstehenden Kirchenvorstand- und Gemeindevertretungswahlen aufgestellt worden. Geringe Erlasse die beiden Wirth Adam Kemlein und Joseph Wagner zu Zerzpe im „Kurzer Bohn.“ einen Protest in polnischer Sprache, erklären, sie seien gegen ihr Wissen in die Liste der Wahlberechtigten für die Franziskanergemeinde aufgenommen worden, und seien bereits in der polnisch-katholischen St. Adalberts-Gemeinde, zu der sie gehören, in den Kirchenvorstand, resp. in die Gemeindevertretung gewählt worden; man möge ihre Namen deswegen aus der Liste der Wahlberechtigten für die Franziskanergemeinde austreichen. — Auch in den Kirchenvorstand und die Gemeindevertretung der St. Martins-Gemeinde sind einige Bamberger, Wirth auf der Wilba, gewählt worden.

— Der Kirchenvorstand in Pawlow. Der Vermögensverwalter der Erzbischofs-Gnaden, Landrath Nollau, hatte dem „Kurzer Bohn.“ zufolge den p. Dizelekt auf Goranin auf Grund von § 14 des Gesetzes über die kirchliche Vermögensverwaltung in katholischen Gemeinden aufgefordert, den neuen Kirchenvorstand in Pflicht zu nehmen und in ihm einzuführen. Die Aufforderung dazu hatte er in seiner Eigenschaft als Landrath erlassen, aber davon eine Instruktion für den neuen Kirchenvorstand in seiner Eigenschaft als Diözesanverwalter gelist. Der Kirchenvorstand, der sich am 13. in Pawlow konstituirte, legte im Protokoll die Verwahrung ein, daß er auf Grund von § 58 des Gesetzes über die kirchliche Vermögensverwaltung vom 20. Juni 1875 die Gewalt des Regierungskommissarius über sich nicht anerkenne. Zugleich richtete der Kirchenvorstand an den Kultusminister als an denjenigen, welchem § 60 des erwähnten Gesetzes die Ausführung desselben überträgt, eine Beschwerde mit der Bitte, daß er im Sinne von § 58 des Gesetzes dahin entscheiden möge, daß der neue Kirchenvorstand ausschließlich der durch königliche Verfügung vom 27. September 1875 bezeugten Staatsgewalt untergeben sei. Das Schreiben lautet in der Uebersetzung:

Erlaube! In Folge der Aufforderung des königl. Landraths Herrn Nollau zu Gnaden vom 15. Dezember 1875, Nr. 2150 R. gemäß § 14, 15, 16 des Gesetzes über die kirchliche Vermögensverwaltung vom 20. Juni 1875 versammelte sich der neue Kirchenvorstand zu Pawlow und konstituirte sich aus den Mitgliedern (folgen die Namen). Dem Schreiben des königl. Landraths war eine Instruktion des königl. Kommissarius zur Verwaltung der Diöcese Gnaden vom 17. November 1875 beigelegt, in der unter Anderem auch das Verlangen gestellt wird, diesem königl. Kommissarius das Protokoll von der Uebergabe des Kirchenvermögens zu Pawlow zu übergeben.

Auf Grund von § 48 des Gesetzes über die kirchliche Vermögensverwaltung vom 20. Juni 1875 werden in unserer Erzbischofsdiöcese, welche keine bischöfliche Gewalt besitzt, die vom Staate anerkannt wird, die der bischöflichen Gewalt zugehörenden Rechte suspendirt und gehen auf die entsprechende staatliche Behörde über. Nach einer königlichen Verfügung vom 27. September 1875 besteht diese staatliche Behörde in der Person des Kultusministers, des Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten. Das Amt des Regierungskommissarius zur Verwaltung des Diözesanvermögens entbehrt daher laut Gesetz vom 20. Juni 1875 der Rechtmäßigkeit.

Da nun dessen ungeachtet der königl. Kommissarius zur Verwaltung des Vermögens der Erzbischofsdiöcese Gnaden seine Gewalt dem neuen Kirchenvorstande gegenüber durch Uebersendung der Instruktion vom 17. November 1875 geltend macht, wir aber seine Gewalt auf Grund des Gesetzes über die kirchliche Vermögensverwaltung vom 20. Juni 1875 nicht anerkennen vermögen, so richten wir jetzt an Ew. Excellenz den Kultusminister, der nach § 60 vieler Verordnung mit der Ausführung des Gesetzes beauftragt ist, eine Beschwerde, indem wir Ew. Excellenz unterthänig ersuchen:

gemäß § 8 erwähnten Gesetzes die Entscheidung dahin zu fällen, daß mit der neuen Kirchenvorstände, ausschließlich der Aufsicht derjenigen staatlichen Gewalt unterworfen sind, die durch königl. Verfügung vom 27. September 1875 festgelegt ist.

— Die Politiker des „Przysiaciel Indu“ schreiben über Nordamerika Folgendes: „Der vorige Regierungspräsident Grant, der ein großer Freund Bismarcks ist, wollte in seinem Lande den Kampf gegen die Kirche beginnen. Aber die Amerikaner lassen sich auf diese gleichen nicht ein und deswegen werden die Anschläge jenes Grant auf Schanden. Bis jetzt tritt dort niemand den Katholiken in den Weg und dies allein haben sie nur nöthig. Denn wenn die Regierung sie auch nicht unterstützt, so wissen sie sich doch sehr gut allein zu helfen!“

— Standesamt der Stadt Bosen. In der Woche vom 9. bis incl. 15. Januar sind zu den Standesregistern angemeldet worden:

I. 53 Geburten (5 mehr als in vorhergehender Woche), und zwar 32 männliche und 21 weibliche, darunter 9 uneheliche.

II. 22 Sterbefälle (also 28 weniger als in voriger Woche). Die Zahl der Geborenen übertrag daher die der Gestorbenen um 31. Von den Gestorbenen waren 12 männlich, 10 weiblich, und befanden sich darunter 8 Kinder unter 1 Jahre.

III. 3 Eheschließungen, und zwar 3 rein katholische Paare. 21 der Gestorbenen stammen aus evangelischen, 29 aus katholischen, 3 aus gemischten Ehen. Von den 22 Gestorbenen waren 6 evangelisch, 14 katholisch, 1 mosaisch, 1 konfessionslos.

— Personalveränderungen in der Armee. v. Carnap, Duerheim, Oberst-Lt. vom Leib-Gren. Regt. (1. Brandenburg.) Nr. 8 zum Kommandeur des 3. Thüring. Inf. Regts. Nr. 71 ernannt. v. Scholt, königl. Wirtheberg. Major à la suite des Manns-Regts. König Karl Nr. 19, von seinem Verhältnis als Gefabr. Chef im Jursaren Regt. Kaiser Franz Joseph von Oesterreich, königl. von Ungarn (Schleswig-Polstein) Nr. 16, Befehl seiner Rückkehr nach Wirtheberg, entbunden. v. Donat, Oberst-Lt. zur Disp. und Befehl. Kommandeur des Regt. Landw. Regts. (1. Bielefeld) Nr. 38, unter Befehlung in dieser Stellung, ein vom 1. Sept. 1873 datirtes Patent seiner Charge und der Rang eines Regts. Kommandeurs verliehen. v. Manfard, Oberst-Lt. zur Disp. und Befehl. Kommandeur des Regt. Landw. Regts. (Rhein) Nr. 40, unter Befehlung in dieser Stellung, ein vom 1. September 1875 datirtes Patent seiner Charge und der Rang eines Regts. Kommandeurs verliehen. v. Rheinbaben, Brem. Lt. a. D., aufsteigend von der 2. Bats. (Dels) 3. Niederschlesischen Landw. Regts. Nr. 50, der Charakter als Hauptm. verliehen.

a. Birnbaum, 13. Januar. [Volkshählung. Kammeretat.] Die Volkszählung am 1. Dezember v. J. hat in unserer Stadt folgende Resultate ergeben. Es wurden gezählt: am Röhricht wohnend 1357 Personen männlichen und 1673 weiblichen Geschlechts, an andern Orten wohnend 37 männl. und 22 weibl. Geschl.; an auswärtigen Abwesende 67 männl. und 25 weibl. Geschl., zusammen also 1461 männl. und 1720 weibl. Geschl. überkaup 3181 Seelen. Die Relation nach sind 215 Evangelische, 609 Katholiken, 505 Juden und 32 Dissidenten vorhanden. Bei der Zählung im Jahre 1871 hatte unsere Stadt 3204 Einwohner; es ist also eine Verminderung von 20 Personen zu registriren. — Der für das Jahr 1876 festgesetzte Haushaltungs-Etat unserer Stadt schließt in Einnahme und Ausgabe mit 19,604 Mark ab. In den einzelnen Titeln werden folgende Summen nachgewiesen: A. Einnahme: Tit. I, vom Grundeigenthum 7300 M.; Tit. II, an Verträgen 2610 M.; Tit. III, an zufälligen Einnahmen, Polizeistrafen, Hundesteuer 266 M.; Tit. IV, an Beiträgen der Kommune 7988 M.; Tit. V, an unbeweglichen Einnahmen 137 M.; B. Ausgabe: Tit. I, Verwaltungskosten (Gehälter 7121 M.; Tit. II, an Rufen von Passivis 1001 M.; Tit. III, an Ausgaben 194 M.; Tit. IV, Bau- und Reparaturkosten 1052 M.; Tit. V, zu Sicherheits- und Barmittelkosten 481 M.; Tit. VI, Armenpflege 3870 M.; Tit. VII, zur Schulverwaltung 1200 M.; Tit. VIII, zu Kommunalkosten 3755 M.; Tit. IX, zur Disposition des Bürgermeisters 180 M. und Tit. X, Extra ordinaria 750 M. Die Schulden unserer Stadt betragen ultimo 1875 noch 18,675 M., welche durch Abschlagzahlungen von jährlich 400 Mark getilgt werden sollen.

□ Moschin, 13. Januar. [Verschiedenes. Lotterien.] Bei der letzten Volkszählung hatte die Stadt Moschin 1677 Einwohner gegen 1521 im Jahre 1871. — Die Standesamts-Register ergaben folgendes Resultat: Geburten 261, davon 78 in der Stadt, Todesfälle 148, davon 40 in der Stadt. Eheschließungen 48, davon 17 in der Stadt. — Bei der besten evangelischen Schulschule ist bereits seit 3 Monaten die 2. Lehrstelle ausgeschrieben, zu der aber bis jetzt noch keine Meldungen eingelaufen sind. Da nach den letzten Regierungsv Verfügungen das Normaleinkommen bei den diesjährigen Etats in Ansehung gebracht werden soll, so dürfte bei der evangelisch-jüdischen Schulschule wohl 150 pCt. der Klassensteuer als Schulbeitrag aufzubringen sein, während früher die Schulbeiträge kaum 50 pCt. der Klassensteuer betrugen. — Endlich soll doch in diesem Jahre die hiesige Brücke neu gebaut werden, es ist aber auch die höchste Zeit. Wenn jedoch, wie vorauszu sehen ist, im Frühjahr hoher Wasserstand eintreten sollte, dürfte dieselbe die Arbeit des Abreißens der Brücke wohl selbst abnehmen. — Die obligatorische Fleischschau besteht hier selbst seit dem



**Danzig, 15. Januar.** Getreide-Börse. Wetter: tüde bei geringem Frost; — Wind: NW.  
Weizen loco zeigte sich am heutigen Markte in fester Stimmung und gefragter als in den letzten Tagen. Es wurden auch für die gehandelten 170 Tonnen volle Preise bezahlt. Sommer-132 Pf. seine Qualität brachte 184 M., (die gestrige Preisnotiz von 183 M. für 130, 133 Pf. Sommerweizen war irrtümlich und soll 182 M. heißen), grau glatt 126/7 Pf. 185 187 M., glatt 129 Pf. 193 M., 130 Pf. 196 M., 131/2 Pf. 199 M., hellbunt 127 Pf. 198 M., hochbunt glatt 132 135 Pf. 202, 203 M., weiß 131 Pf. 206 M. per Tonne. Termine: April-Mai ohne Angebot 199 M. Gd., Mai-Juni 206 M. Gd., 204 M. Gd. Regulirungspreis 193 M.  
Koggen loco fest, bezahlt wurde für 126 Pf. 154, 155 M., 128/9 Pf. 153 M. per Tonne. Umsatz 35 Tonnen. Termine nicht gehandelt, April-Mai 147 M. Gd., Regulirungspreis 148 M. Gd. Geste loco große 118 Pf. ist zu 155 M. per Tonne verkauft. — Hafer loco brachte 170 M. per Tonne. — Spiritus loco wurde mit 41,50 M. bezahlt.

**Breslau, 15. Januar.** Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 % pr. Januar-Februar 42,50, pr. April-Mai 45,00, pr. Mai-Juni 46,00. Weizen pr. April-Mai 186,00 Koggen pr. Januar 142,00, pr. April-Mai 148,00 pr. Mai-Juni 150,00, 186/1 pr. Januar 64,00, pr. April-Mai 64,50, pr. Mai-Juni 64,50 sind fest. Wetter: —

**Bremen, 15. Januar.** Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 12,75, pr. Januar 12,50, pr. Februar 12,50, pr. März 12,15, etc.

**Bln, 15. Januar.** Nachmittags 1 Uhr (Getreidemarkt). 95... an fest, hefiger loco 20,00 fremder loco 20,25 pr. März 19,50, pr. Mai 20,05 Koggen besser, hefiger loco 15,50 pr. März 14,55, pr. Mai 14,75 Hafer loco 17,50 pr. März 17,60. Rübsl loco 35,00, pr. Mai 34,40. — Wetter: Frost.

**Hamburg, 15. Januar.** Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loco beh., am Termine beh. Koggen loco beh., am Termine beh. Weizen pr. Jan. 197 Br., 196 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Rthl 201 Br., 200 Gd. Koggen pr. Januar 146 Br., 145 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Rthl 150 Br., 149 Gd. Hafer matt. Gerste matt. Rübsl matt, loco 69, pr. Mai pr. 200 Rthl 67 1/2. Spiritus rubig, pr. Januar 33 1/2, pr. Februar-März 34 1/2, pr. April-Mai 35 1/2, pr. Juni-Juli pr. 100 Liter 10 pSt. 36 1/2. Raffine sich fest. Amiak 3000 Sack. — Petroleum loco, Standard white loco 13,70 Br., 13,50 Gd., pr. Januar 13,30 Gd., pr. August-Dezbr. 12,30 Gd. — Wetter: Schaeclust.

**Amsterdam, 15. Januar.** Nachmitt. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, auf Termine niedr., pr. März 275 Koggen loco und, am Termine niedr., pr. März 178, pr. Mai 181 pr. Juli —. Hafer pr. Frühjahr 398 fl. Rübsl loco 38 1/2, pr. März 38 1/2, pr. Herbst 38 1/2. Wetter: —

**Paris, 15. Januar.** Nachmittags. (Prozentsmarkt). (Schlußbericht). Weizen loco beh., pr. Januar 26,00, pr. Januar-Februar 26,25, pr. März-April 26,75, pr. März-Juni 27,25. Weizen beh., pr. Januar 56,75, pr. Februar 56,75, pr. März-April 57,75, pr. März-Juni 58,25. Rübsl matt, pr. Januar 84,00, pr. März-April 81,50, pr. Mai-August 81,00. Spiritus ruh., pr. Januar 43,25, pr. Mai-August 47,75.

**Antwerpen, 15. Januar.** Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Schlußbericht). Getreidemarkt. Weizen behauptet. Koggen ruhig. Galatz 17 1/2 Hafer stetig. Nizza —. Gerste beh., algerische 17, Petroleum-Markt. Schlußbericht. Raffinirtes, extra weiss loco 32 bei 32 1/2 Br., pr. Januar 32 bei 32 1/2 Br. pr. Februar 32 Br., pr. März 30 1/2 Br. pr. April 30 1/2 Br. G. H.

**St. Petersburg, 15. Januar.** Nachmittags. Baumwolle. Anfangsbericht. Mittelmäßiger Umsatz 8000 Ballen. Ueberand. Tagesimport 225 Ballen, amirai, — schwebend, — veranlaßt.

**Bombay, 15. Januar.** Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht). Umsatz 6,000 B., davon für Speculation und Export 1000 B. matt, Ankünfte mäßig.

**Madras, 15. Januar.** Nachmittags. 12r Water Armatage 7 1/2, 12r Water Taylor 8 1/2, 20r Water Micholls 10, 30r Water Giblow 11, 30r Water Clayton 11 1/2, 40r Malle Maysoll 11 1/2, 40r Medio Wilkinson 12 1/2, 36r Warpcops Qualität Rowland 12 1/2, 40r Double Weston 12 1/2, 60r Double Weston 16, Printers 12 1/2, 8 1/2 Pf. 117. Markt ruhig, Preise unverändert.

Produkten-Börse.

**Berlin, 15. Januar.** Wind: ND. Barometer 28,5 Ther...  
Weizen loco per 1000 Kilogr. 175—210 M. nach Qual. gef., jeher per diesen Monat —, Jan.-Febr., April-Mai 197,50—198,50 M., Mai-Juni 201—202 M. — Koggen loco per 1000 Kilogr. 143—162 M. nach Qual. gef., russ. 143—149, polnisch 149,50—151, inländ. 159—162 M. ab Bahn h., per diesen Monat 154—155 M., Jan.-Febr. 151—152 M., Frühjahr 150,50—151,50 M., Mai-Juni 149,50—150,50 M., Juni-Juli —. — Gerste loco per 1000 Kilogr. 132—180 M. nach Qual. gef. — Hafer loco per 1000 Kilogr. 135—180 M. nach Qual. gef., u. mehr. 150—174, posum. und mehl. 165—175, russ. 150—174, 55hm. u. s. d. — ab Bahn h., per diesen Monat —, Jan.-Febr. —, Frühjahr 166 G., Mai-Juni —. — Erbsen per 1000 Kilo Roggenware 176—210 M. nach Qual., Futterware 166—175 M. nach Qual. — Kaps per 1000 Kilogr. —. — Hüben —. — Leinöl per 100 Kilogr. loco ohne Fass 58 M. — Rübsl per 100 Kilogr. loco ohne Fass 64 M. h., mit Fass —, per diesen Monat 61,6—64,3 M., Jan.-Febr. 61,5—64,2 M., April-Mai 61,7 64 1/2 M., Mai-Juni 63,3—64,8 M., Sept.-Okt. 65,5—65,2 M. — Petroleum raffin. (Standard white) per 100 Kilo mit Fass loco 29 M. B., per diesen Monat 27,5 B., Jan.-Febr. 27 M., pr. diesen Monat —, loco mit Fass —, per diesen Monat 44,5 B., Jan.-Febr. do., April-Mai 47—46,8 B., Mai-Juni 47,5—47,3 B., Juni-Juli 48,6—48,5 B., Juli-August 49,8 49,6 B., Aug.-Sept. 50,8—50,6 B. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 27—26, Nr. 0 u. 1 25,50—24,50 M. Koggenmehl Nr. 0 23,50—22 M., Nr. 0 u. 1 21—19,50 M. pr. 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack. — Koggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack per diesen Monat 20,75 M. h., Jan.-Febr. do., Febr.-März do., März-April —, April-Mai 20,95 B., Mai-Juni do., Juni-Juli 21 B., Juli-August do. (S. u. S. B.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 280 über der Erde.	Therm.	Wind.	Wolkensform.
15 Jan.	Nachm. 2	28° 4" 54	— 4° 0	NB 2	bedeckt, Ni.
15 "	Morgs. 10	23° 5" 13	— 4° 2	NB 2	bedeckt, Ni.
16 "	Morgs. 6	28° 4" 59	— 3° 8	N 1	bedeckt, Ni.
16 "	Nachm. 2	28° 4" 17	— 3° 0	SW 2	bedeckt, Ni.
16 "	Morgs. 10	28° 3" 10	— 2° 9	SW 1	bedeckt, Ni.
17 "	Morgs. 6	28° 1" 78	— 4° 1	SW 2	bedeckt, Ni.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. Januar 12 Uhr Mittags 2,48 Meter.  
16. 2,38

Februar verdoppelt haben wird. Am ersten Februar des gegenwärtigen Jahres beginnt der Postanweisungsverkehr mit Frankreich, und es sind dann nach allen Ländern Europa's, mit Ausnahme Rußlands, der pyrenäischen und der Balkan Halbinsel, Postanweisungen zulässig.

**Wien, 15. Januar.** Die von der Banque de Paris und dem Wiener Bankverein wegen Uebernahme von 40 Millionen österreichischer Rente gemachten Offerten sind von der Kreditanstalt überboten worden. Wie dieselbe in der heutigen Abendbörse mittheilt, hat sie die 40 Mill. Papierrente mit 67 übernommen.

**Wien, 16. Januar.** Die Einnahmen der k. k. österreichischen Staatsbahn betrugen vom 8. bis 14. Januar incl. 461,504 fl.

Vermischtes.

**Ein Inserat und seine Folgen.** Der „Kladderadatsch“ brachte zu Ende v. J. eine Annonce, welcher den, „mit einem höchst originellen, pikanten Geruch“ bekannt werden wollte, aufbereitete, seine Adresse an „B. B. postlagernd Straßburg i. E.“ zu senden. Ein Bewohner der Provinz Posen — der und von der ganzen Sache in Kenntniß setzt — wandte sich an die angegebene Adresse und ersuchte um Zusendung des „Betreffenden“ unter Chiffre so und so. Unter dem 20. Dezember traf auch wirklich ein Brief für ihn ein — aber nicht mit dem „Betreffenden“, sondern mit seinem Bestellschreiben, dem folgende Bemerkung beigelegt war: „Leubert verhaftet. Brief gerichtlich beschlagnahmt; geht an p. Abtender zurück.“

**Der Bremer Polizei-Inspektor Schnepel,** welcher bekanntlich den „hundertfachen Mörder“ William King Thomas zum Gefängniß gebracht hat, war kürzlich in Hamburg und Altona, um in Gemeinschaft mit den dortigen Behörden Recherchen nach Verladungen verdächtiger Schiffsgüter vorzunehmen. Die Recherchen sollen jedoch ohne Resultat geblieben sein.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wagner in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

**München, 16. Januar.** Die Herzogin Maximilian, Schwiegermutter des Kaisers von Oesterreich, ist an der fieberhaften Bronchitis erkrankt. Nach dem heute ausgegebenen ärztlichen Bulletin scheint die Erkrankung nicht unbedenklich.

**Triest, 15. Januar.** Der Lloyd-Dampfer „Ceres“ ist heute Nacht mit der österr. k. k. österreichischen Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

**London, 15. Januar.** Wie die „Times“ erzählt, wird die Sitzung des englischen Ministerconseils, in welcher über die auf die Note des Grafen Andrassy zu ertheilende Antwort Beschluß gefaßt werden soll, am nächsten Dienstag stattfinden. Das Blatt fügt hinzu, der unumgänglich notwendige Druck der auswärtigen Mächte auf die Türkei hätte unmöglich in weniger drohender Weise ausgeübt werden können, als es in der Note des Grafen Andrassy geschehen. England könne dem Großbezir nur die größte Klugheit und Nachgiebigkeit empfehlen.

**Petersburg, 15. Januar.** Das „Journal de St. Petersburg“ findet bei Erwiderung der orientalischen Lage, daß die Pforte selbst ein großes Interesse daran habe, daß die von ihr verlangten Koncessionen von den Mächten gemeinsam zur Annahme empfohlen würden. — Der Staatssekretär Graf Korff und Admiral Krabbe sind gestorben.

**Belgrad, 15. Januar.** Die Skopschina hat in ihrer heutigen Sitzung die Verathung des Budgets fortgesetzt und hierbei die Gehalte verschiedener höherer Beamten, namentlich die Dotation des Metropolitans erheblich herabgesetzt.

**Washington, 14. Januar.** Die Vorlage wegen Amnestirung der am Aufstand der Konföderirten Theilgehabten hat bei der Verathung im Repräsentantenhaufe die erforderliche Zweidrittelmehrheit abermals nicht erlangt.

Angelommene Fremde

17. Januar.  
**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Die Rittergutsbesitzer Materne und Frau aus Chwalowo, Grafmann und Frau aus Konin, Genge und Familie aus Strumians, Mathes aus Pober, Mathes aus Streben, Boldt aus Berndorf, Gustaf aus Gorka, duchowna, Major von Bleich aus Spandau, königl. Kammerherr Dierzyński Graf von Morawski aus Lubonia, Kreisphysikus Dr. Schaffraus und Hauptmann Gachnelt aus Samter, Fabrikbesitzer Friedrich aus Breslau, die Kaufleute S. Ephraim und A. Ephraim aus Berlin, Landbau aus Lütich, Glaeser aus Lengensfeld, Berl aus Luxemburg, Landau aus Grünberg, Laeser und Rahm aus Breslau, Bodenhein aus Berlin, Selbing aus München, Simon, Grünwald und Martin aus Berlin, Marx aus Leipzig, Mahler aus Breslau, Kaufmann aus Stettin, Weber und Viebreich aus Dresden.

**O. SCHARFFENBERG'S HOTEL.** Rittergutsbesitzer Hoffmeyer u. Familie a. Stolnit, Landwirth Hoffmeyer a. Lubasz, die Kaufleute Bod und Müllner a. Berlin, Wachsner a. Breslau, Bach a. Bissa, Meyer a. Königsberg, Damm a. Danzig, Weidmann a. Magdeburg und Hille a. Stettin.

**KEILERS HOTEL.** Die Kaufleute Goslner a. Rogasen, Strud a. Breslau, Boas und Solowicki a. Breschen, Kantorowitsch a. Posen, Witkowski a. Neutomischel, Danziger a. Alt-Tomischel, Frau Rosenhal a. Rogasen, Mühlensbesitzer Cohn a. Ruda, Bürger Dgurtowski a. Samter, Thierarzt Döring a. Rogasen.

**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Die Rittergutsbesitzer Graf Biniski a. Polen und v. Karczewski a. Lubria, Güter-Expeditur Hoffmann und Frau a. Pozna, Kaufmann Schmidt a. Hamburg, Baummeister Jordan a. Berlin.

**TILSNER'S HOTEL GARNI NACHFOLGER VOGELSANG.** Die Kaufleute Dehmle, Geude und Cuhliner a. Berlin, Fabrikant Nessel a. Breslau, Frau Zimmermeister Scholz und Tochter a. Dels, Rittergutsbesitzer Boge a. Drowo.

**GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG.** Die Kaufleute Wollstein a. Grätz, Ganoowicz a. Berlin, Maurermeister Vogacki a. Jarocin, Kriebler a. Posen.

**GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG.** Kaufmann Schulze a. Stettin, die Inspektoren Müller a. Westpreußen und Goliniewicz a. Gnin, Güterbesitzer Wikowicz a. Druzhn, die Fabrikanten Heinrich und Regel a. Grosse, Ingenieur Palmner a. Wlitzsch, Viehhändler Witel a. Züllichau, Wirtschafts-Inspektor Georgi a. Berlin, die Pferdehändler Syd a. Grätz, Weiskner a. Deutsch und Klein a. Seinau.

1. August v. J. Als Fleischbeschauer fungirt der hiesige Arzt. Das 70. untersuchte Schwein wurde als trichinös befunden und im Beisein der Polizei feierlichst mit Petroleum unschädlich gemacht. — Vor den der letzten Zeit moffenhaft aus Frankfurt a. M. von den berüchtigten Bankhäusern offerirten Anleihenloosen auf ratenweise Abzahlung, dürfte es angezeigt sein, nachdrücklich zu warnen. Denn erstens nehmen diese Herren Bankiers entrichten muß, dann aber sollte Jeder doch bedenken, daß er sein Geld einem gänzlich Unbekannten, von dessen Sicherheit er nicht die geringste Kenntniß hat und mit der es in der That auch nicht weit her ist, anvertraut. Wenn Jemand wirklich nicht widerstehen kann, und sein Glück versuchen will, so möge er seine kleinen Ersparnisse bei einer Sparkasse anlegen, bis er das nöthige Kapital hat; alsdann kann er sicher sein, die Loose für den dritten Theil bei jedem andern Bankhause zu ersten, als solche von Frankfurt a. M. offerirt werden.

**Gilehne, 14. Januar.** [Unlücksfall.] Auf dem hiesigen Bahnhof gerieth heute der Bahnarbeiter Treftin bei dem Zusammenstoßen von Eisenbahnwagen zwischen die Puffer und wurde dadurch so erheblich verletzt, daß er schon eine Stunde darauf verstarb.

**Schneidemühl, 13. Januar.** [Vorschußverein.] In der letzten Generalversammlung des hiesigen Vorschußvereins ernannte der Vorsitzende Bericht über das 4. Quartal v. J. und über das Geschäftsjahr 1875. Im letzten Quartal fand 7 Mitglieder beigetreten, 38 ausgeschieden; die gegenwärtige Mitgliederzahl beträgt 258. Der Kassenumsatz beträgt in Einnahme 38,490 M., in Ausgabe 237,568 M., Kassensumme 922 M. Der Reservefonds ist durch Verminderung von 519 M. zur Deckung der Defizite auf 335 M. gesunken. Das Gut haben der Mitglieder beträgt 15,041 M. An Spareinlagen sind bisher bezahlt 27,058 M., eingezahlt hingegen 31,389 M., und betragen die Einnahmen mit Einschluß der auf geschriebenen Zinsen 48,276 M. Die Einnahme mit mehr als alt. 1874, während das eigene Betriebskapital (Reservefonds und Guthaben) 15,376 M. beträgt. 282 Vorschuße sind den 134,523 M. Die Brutto-Einnahme an Zinsen beträgt 4112 M. Hier von wurden bezahlt: bei früherer Rückzahlung zurückgehaltene Zinsen 136 M.; Zinsen für Spareinlagen 1844 M.; Honorar des Rentanten 635 M., für Druckkosten, Annoncen u. 222 M. Dazu kommt ein Verlust von 2387 M. und es verbleibt pro 1875 ein Reinertrag von 1198 M. 92 Pf. Das dividendeberechtigte Kapital beträgt 13,820 M.; an Dividende wurden 8 pSt. bewilligt, der Rest trägt 13,820 M.; der Reservefonds zu, so daß letzterer nunmehr von 93 M. 32 Pf. auf den Reservefonds zu, so daß letzterer nunmehr von 93 M. 29 Pf. beträgt, während das Mitglieder Guthaben um 1105 M. 60 Pf. auf 16,147 M. 29 Pf. angewachsen ist. Das Gehalt des Rentanten wurde pro 1876 auf 1/2 der Bruttozinsen Einnahme und dessen Ration auf 3000 M. festgesetzt. Da die Wahlperiode des Vorstandes und dreier Aufsichtsratsmitglieder abgelaufen war, so mußten Neuwahlen stattfinden: Es wurden wiedergewählt: der Vorsitzende Dr. Davidsohn und der Rentant Schönbrod. Zum Stellvertreter des Vorsitzenden wurde Apotheker Kornfeist neu gewählt. Zu Mitgliedern des Ausschusses wurden gewählt: Landschafts-Kontrolleur Duandt, Stadtschreiber Doll und Lehrer Werner.

**Schneidemühl, 14. Januar.** [Schwurgerichtsverhandlung.] Gestern sah vor dem hier tagenden Schwurgerichte auf der Anklagebank der Tischler Wilhelm Franke aus Czarnikau wegen Todtschläges. — Der Sachverhalt ist kurz folgender: Der Angeklagte lebte mit seiner Ehefrau schon seit längerer Zeit in Unfrieden, welcher sich dadurch steigerte, daß sich dieselbe dem Trunk ergab. Am 27. Oktober v. J. wies der Angeklagte seine Frau aus dem Hause. Da sie seiner Anordnung nicht Folge leistete, so schlug er sie, warf sie zur Thür hinaus und regelte letztere ab. Die Frau lief an das Fenster, begehrte Einlaß und rief: „Wenn Du die Thür nicht öffnest, dann schlage ich die Scheibe ein.“ „Gefahrt, gelien.“ Der Angeklagte, hierüber erkönt, ergriff ein Schürchen, ließ hinaus und schloß die Thür ab. Seine Frau kam dann zu er dieselbe in die Stube, regelte die Thür ab und legte hier die Büttung mit einem Bettflüßel fort. Nach einer Pause von 1/4 Stunde schlug er wieder los, und war so lange, bis seine Frau auf der Erde liegen blieb und nur noch schwer athmete, worauf er dann noch mit den Füßen auf ihren Kopf trat. Alsdann verließ er das Zimmer und die Frau versta b. Gute, wie auch bereits früher, ist der Angeklagte der That gekündigt, behauptet aber, durchaus nicht die Absicht gehabt zu haben, seine Frau zu tödten, und meint, er sei während der That ohne alle Befinnung gewesen. Die den Geschworenen vorgelegte Frage: „Ist der Angeklagte schuldig, seine Ehefrau vorläufig gelodet zu haben?“ wurde von denselben verneint, dagegen aber die Frage: „Ist der Angeklagte schuldig, seine Ehefrau vorläufig geknallt und dadurch ihr eine Körperverletzung zuzufügen, welche den Tod der Verletzten zur Folge hatte?“ mit mehr als 7 Stimmen unter Verneinung der Frage wegen mildernder Umstände bejaht. Der Gerichtshof verurtheilte in Folge dessen den Angeklagten zu 5 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer. (Dr. Bg)

Staats- und Volkswirtschaft.

**Berlin, 14. Januar.** [Eine Hochschule für das Eisenbahnwesen.] Der „B. B. C.“ schreibt: Wie wir vernehmen, besteht in maßgebenden Kreisen die Absicht, in einiger Zeit mit der Errichtung einer Hochschule für das Eisenbahnwesen aus Staatsmitteln vorzugehen. Wir brauchen nicht zu erwähnen, daß die Erwägungen über diesen Plan noch nicht abgeschlossen sind, und daß bei der Reifeheit der Idee und bei dem Umfange, den ein derartiges Institut annehmen würde, die Schwierigkeiten der einzelnen Detailsagen nicht zu unterschätzen sind. Ob das Unternehmen aus preussischen Staats- oder deutschen Reichsmitteln alimentirt werden würde, kann ebenfalls erst später festgestellt werden. Wir werden uns selbstredend, sobald das Projekt in greifbaren Formen aufgetreten sein wird, näher über dasselbe aussprechen. Aber wir meinen, daß in einer Zeit, wo über den „Affortismus“ in unseren Staatsbahnenverwaltungen die Klage eine ziemlich allgemeine ist, und wo noch dazu der Uebergang sämtlicher Bahnen an das Reich eifrig ventilt wird, ein derartiges wichtiges Hilfsmittel zur fachmännischen Ausbildung mit wahrer Freude zu begrüßen wäre.

**Berlin, 16. Januar.** [Privatverkehr] geschäftlos. Kredit fester auf den Abschluß des Rentengeschäfts. Schluß schwach. Man handelte: Kreditaktien 33 1/2—34 1/2, Lombarden 198—7 1/2—8, Franzosen 514—515—514 1/2, Köln-Mindener 94 1/2, Rheinische 112 1/2—1/2, Bergische 78 1/2—1/2, Laura 65 1/2—1/2, Diskonto 127, Reichsbank 165, Darmstädter 114, Silberrente, 64,50—4 1/2, Galizier 86 1/2, Nordwestbahn 217,50, Rumänen 28 1/2—1/2, Oberschlesische 139,60, Thür 19 1/2—20, Giatiener 71,45—71,50, 1860er 114 1/2—115, Papierrente 60,20—60,70, 30-Jähriger.

**Die Staatsschulden des Königreichs Sachsen** beliefen sich am 1. Januar 1876 auf 344,157,094 M. Sie verfallen in 21,040,800 M. mit 3 pSt., 5,700,000 M. mit 3 1/2 pSt., 229,318,200 M. mit 4 pSt. 27,765,600 M. mit 4 1/2 pSt. und 36,000,000 mit 5 pSt. p. a. zu verzinsenden Staatsschulden im Gesamtsumme 319,824,600 M. zu verzinsenden Staatsschulden in zu verzinsende Schatzanweisungen nebst 32,491 M. mit 4 pSt. zu verzinsenden Kapitalien zum Domainenfond. 32,491 M. mit 4 pSt. zu verzinsenden Schulden ist im Budget für die Jahresausbehrung für diese Gesamtschulden in der Budget für 1876 mit 13,128,387 M., die jährliche planmäßige Tilgung mit 4,971,759 M. ausgeworfen. Mit Ausnahme der 3prozt. Staatsanleihe 1876 mit 13,128,387 M., die jährliche planmäßige Tilgung mit 4,971,759 M. ausgeworfen. Mit Ausnahme der 3prozt. Staatsanleihe 1876 mit 13,128,387 M., die jährliche planmäßige Tilgung mit 4,971,759 M. ausgeworfen. Mit Ausnahme der 3prozt. Staatsanleihe 1876 mit 13,128,387 M., die jährliche planmäßige Tilgung mit 4,971,759 M. ausgeworfen.

—o— Am ersten Februar v. J. wurde der Postanweisungsverkehr mit Oesterreich-Ungarn eingeführt. Die Zahl der gewechselten Postanweisungen in jenem Monat war 8559 im Betrage von 359,798 Mark. Im November waren diese Zahlen bereits auf 14,186 Stück und 686,808 Mark gestiegen, und es steht zu erwarten, daß im Dezember sich dieser Verkehr gegen den



